

Mehr Fairneß wagen

EU-Handelspolitik: Die Suche nach einem Konsens beim Brexit muß neu beginnen / Knackpunkt Arbeitnehmerfreizügigkeit

DIRK MEYER

Sollte das Vereinigte Königreich am 29. März tatsächlich aus der EU austreten, haben vor allem der Deutschland und Europa insgesamt viel zu verlieren. So führt der Brexit zu einem Verlust der Sperrminorität des marktwirtschaftlich ausgerichteten ehemaligen „D-Mark-Blocks“ (Deutschland, Niederlande, Österreich und Finnland) auf EU-Ebene. Zusammen mit Großbritannien kann diese Minderheit derzeit den hierzu notwendigen 35-Prozent-Bevölkerungsanteil gerade noch erreichen.

Die Briten könnten einseitig auf Zölle verzichten

Dies scheinen Finanzminister Olaf Scholz und Amtsvorgänger Wolfgang Schäuble zu vergessen, wenn sie für eine Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen plädieren. EU-Steuerbeschlüsse könnten dann gegen den Willen der finanzkräftigeren Nordstaaten vom protektionistisch orientierten „Club Med“ beeinflusst werden. Die Briten sind zudem wichtig für eine starke EU im Verhältnis zu den USA und China. Neben ihrer Wirtschaftskraft besitzen die Briten einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und im Gegensatz zu Frankreich haben sie ihre Atomkraftwerke in die Strukturen der Nato eingebunden.

Eine Scheidung im Konsens ist existenziell für die künftige EU. Knackpunkt des Austrittsvertrags vom November ist der sogenannte Backstop. Er verhindert eine harte EU-Außengrenze mit Kontrollen von der Republik Irland zu Nordirland. Ein späteres Abkommen über die zukünftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich soll den Backstop konkretisieren. Bis dahin gilt diese unkündbare Auffanglösung. Großbritannien würde ohne Mitsprache, aber mit einem gewissen EU-Finanzbeitrag, in der Zollunion verbleiben. Die Briten würden EU-Zölle auf Waren von außerhalb erheben und 20 Prozent als



Fiesta-Produktion bei Ford in Köln: Mit einem jährlichen Absatz von 770.000 Pkws ist Großbritannien – vor den USA (490.000), Italien (310.000) und Frankreich (290.000) – der größte Exportmarkt der deutschen Autoindustrie

Verwaltungspauschale behalten können. Der Rest würde in den EU-Haushalt abfließen – ohne finanzielle Beteiligung.

Eine Zollunion setzt angeglichenen Produktstandards voraus. Entsprechend hat sich die EU die Übernahme von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards zusichern lassen. Eigenständige Handelsabkommen mit Drittstaaten könnten die Briten deshalb nicht schließen. Zukünftige Freihandelsabkommen würden ohne sie beschlossen. Zollsanktionen bei Importen müssten sie mittragen, während kein Automatismus hinsichtlich eines zollfreien Marktzutritts bei den Exporten bestünde. Da Nordirland im Binnenmarkt bleibt, steht die territoriale Integrität des Königreichs in Frage. Weil die Seegrenze zwischen dem Vereinigten Königreich und Nordirland zur Binnenmarktgrenze wird, könnten unterschied-

liche Produktstandards zu Handelsbeschränkungen führen: Großbritannien wäre eine „Handelskolonie“ der EU.

Dies begründet die Devise „No deal is better than a bad deal“. Doch was wären die Folgen eines Austritts ohne Abkommen? Legt man beidseitig die bisherigen Außenzölle der EU zugrunde, so würde der Handel für Pkw (zehn Prozent), Autzulieferer (drei bis 4,5 Prozent), Lkw (22 Prozent) und Agrarprodukte (8,8 bis 12,2 Prozent) verteuert werden. Da der Anteil britischer Exporte (45 Prozent) und Importe (53 Prozent) mit den 27 EU-Mitgliedstaaten wesentlich größer ist als umgekehrt – nur sieben bzw. vier Prozent des EU-Handels findet mit der Insel statt – sind die Verluste für die Briten entsprechend spürbarer. Gemäß einer Studie des Ifo-Instituts würde das britische BIP um 1,5 bis 3,5 Prozent

einbrechen, während der Rückgang für die EU-27-Länder bei lediglich 0,25 bis 0,6 Prozent liegen würde. Eine interessante Gegenstrategie der Briten wäre der einseitige Verzicht auf Zölle. Gemäß der Meistbegünstigungsklausel, nach der Handelsvorteile allen Partnern gleichberechtigt zu gewähren sind, wären außer den EU-Staaten auch die übrigen Handelspartner von Zöllen befreit. Den Nutzen hätten britische Konsumenten sowie Firmen mit hohen Vorleistungsimpporten (Pharma, Elektro und Maschinenbau). Demgegenüber verliert die Landwirtschaft durch die Importkonkurrenz. Der BIP-Verlust wäre für die Briten wesentlich geringer und würde mit 0,5 Prozent etwa dem der EU-Staaten entsprechen.

Doch warum keine Lösung im Konsens mit langfristiger Stabilität und Wohlfahrtsgewinnen für alle anstreben?

Solange keine politische Union erreicht ist und nationale Vielfalt in vielen Belangen herrscht (Kultur, Traditionen, Soziales, Besteuerung) behält die Arbeitnehmerfreizügigkeit Unterschiede zum freien Waren- und Kapitalverkehr sowie der Niederlassungsfreiheit, die zusammen das Binnenmarktzusammenhang ausmachen. Warum also nicht auf die freie Arbeitskräftewanderung verzichten? Schließlich stand der polnische Klempner im Fokus der Brexit-Befürworter.

Wie die Freihandelstheorie zeigt, bedingen sich freier Güterhandel und die Wanderung von Kapital und Arbeitnehmern keinesfalls. Der Güterhandel kann die Arbeitskräftewanderung ersetzen. Indem der jeweils reichliche und deshalb günstige Produktionsfaktor in der Produktion intensiv eingesetzt wird, wandert er quasi mit den Exportgütern in das andere Land. Deutschland liefert Textilmaschinen nach Rumänien, mit denen arbeitsintensiv produzierte Bekleidung als Export nach Deutschland geht. Insofern könnte man den Briten eine Zollunion bei Mitsprache in allen Belangen anbieten, ohne auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu bestehen.

Noch besser wäre es, den EU-Vertrag dahingehend zu ändern, daß eine Migration in den Sozialstaat unterbleibt. Zuwandernde Erwerbstätige müßten Steuern und Abgaben im Gastland entrichten, um im Gegenzug alle beitragsfinanzierten Sozialleistungen und Zugang zur öffentlichen Infrastruktur zu erhalten. Jedoch wäre der Zugang zu allen steuerfinanzierten Sozialleistungen (Grundsicherung, Wohngeld, Kindergeld) während einer Wartezeit von fünf Jahren versperrt. Parallel würden Ansprüche auf Leistungen des Heimatlandes gemäß dem Herkunftslandprinzip fortbestehen. Dies wäre ein fairer Kompromiß, und der Brexit hätte ein bedeutendes Reformelement für die EU angestoßen – und der Brexit selbst wäre verzichtbar.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Er schrieb unter anderem das Buch „Euro-Krise: Austritt als Lösung?“

Erneut hoher Export- und Leistungsüberschuß

WIESBADEN. Das Statistische Bundesamt liefert Donald Trump neue Argumente im Handelsstreit: Hauptabnehmerland deutscher Waren waren 2018 erneut die USA, die Güter im Wert von 113,5 Milliarden Euro bezogen. Nach Deutschland wurden hingegen nur US-Waren im Wert von 64,6 Milliarden Euro geliefert, was dazu führte, daß Deutschland gegenüber den USA mit 48,9 Milliarden Euro weiter den höchsten Exportüberschuß erzielte. Der Überschuß im Handel mit Großbritannien betrug 45 Milliarden und mit Frankreich 40,2 Milliarden. Werden auch Dienstleistungen wie Transporte, Patent- und Lizenzgebühren oder der Tourismus berücksichtigt, ändert sich an der US-Handelsmisere nur wenig: Laut Berechnungen des Münchner Ifo-Instituts wiesen die USA 2018 mit etwa 455 Milliarden Dollar das weltweit höchste Defizit in der Leistungsbilanz aus. Deutschland erzielte hingegen einen Überschuß von umgerechnet 294 Milliarden Dollar. Japan kam auf ein Plus von 173 Milliarden Dollar, Rußland auf 116 Milliarden Dollar. (fis) www.destatis.de

Bahn AG kümmert sich weniger um Behinderte

BERLIN. Der Deutsche Gehörlosen-Bund hat die Deutsche Bahn AG (DB) scharf kritisiert. Bislang habe die DB-Mobilitätsservice-Zentrale (MSZ) Fahrgäste mit Mobilitätseinschränkungen unterstützt, auch wenn sie mit anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) fahren. „Dies gilt seit dem 1. Februar 2019 nicht mehr. Das heißt, daß die Fahrgäste künftig bei den verschiedenen EVUs die jeweiligen MSZ in Anspruch nehmen müssen“, erklärte der der Interessen von 80.000 Gehörlosen in Deutschland vertretende Verband. Es müsse „weiterhin eine zentrale Stelle geben, die als Vermittler zwischen den Behinderten und den anderen EVUs auftritt“. Es könne nicht sein, daß „ein Rollstuhlfahrer, wenn er mit zwei oder drei verschiedenen Eisenbahnverkehrsunternehmen durch Deutschland reist, die notwendigen Hilfen bei jedem einzelnen Unternehmen per Handy, E-Mail oder SMS anfragen muß“. Das gleiche gelte auch für ältere Fahrgäste, die dem oft völlig überfordert seien. (fis) www.gehoerlosen-bund.de

„Deutschland braucht eine anhaltende Willkommenskultur“

Arbeitsmarkt: Bertelsmann-Studie verlangt erneut Masseneinwanderung aus Nicht-EU-Staaten / Es fehle ein „Erwerbspersonenpotential“ von jährlich 260.000

FABIAN SCHMIDT-AHMAD

Das Schöne am Prophetendasein ist, daß Aussagen in der Gegenwart kaum geprüft werden können und in der Zukunft schon vergessen sind. Wer erinnert sich noch an die Bertelsmann-Studie „Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050“, die verkündete: „Erst bei einer Nettozuwanderung, die im langjährigen Mittel 533.000 Personen umfaßt, würde das Erwerbspersonenpotential in etwa auf dem heutigen Stand bleiben – unter Berücksichtigung normal steigender Erwerbsquoten.“

In deren Erscheinungsjahr 2015 sind 2,14 Millionen Zuwanderer nach Deutschland gekommen. 998.000 zogen fort, was eine Nettoeinwanderung

von 1,14 Millionen ergab. 55 Prozent der Zugewanderten waren Nicht-EU-Bürger. Die Mehrheit von ihnen geht aber keiner oder einer Erwerbstätigkeit mit bescheidener Wertschöpfung nach.

Konkrete Ergebnisse hängen stark von den Annahmen ab

Eigentlich folgen daraus zwei Dinge. Entweder wir brauchen für das geforderte „Erwerbspersonenpotential“ eine jährliche Nettozuwanderung in Millionenhöhe, was sich auch die 1977 gegründete milliardenschwere Stiftung des Medienunternehmers Reinhard Mohn nicht getraut hat zu fordern. Oder die Studie hat schlicht gravierende Mängel. Die Bertelsmann-Forscher halten sich mit solchen Überlegungen nicht auf

und legen lieber eine Folgestudie über „Zuwanderung und Digitalisierung“ nach. Hier versuchen die Autoren Johann Fuchs, Alexander Kubis und Lutz Schneider den Umbruch abzuschätzen: den die Digitalisierung bis 2060 für die deutsche Wirtschaft bedeuten wird. Wie sie das schaffen? Durch glückliches Raten: „Ein Großteil des Zusammenhangs von demographischer Alterung einerseits und Wachstum und Beschäftigung andererseits ist wissenschaftlich nicht vollständig geklärt. Nicht zuletzt hängen die konkreten Ergebnisse entsprechender Studien stark von den Annahmen ab.“

Willkommen bei den Kaffeesatzlesern, die in ihrem Szenario für ein „minimales Erwerbspersonenpotential“ nun von einem benötigten „Wanderungssaldo von jährlich 260.000 Ausländern“

bis zum Jahr 2035 ausgehen. Das ist zwar die Hälfte der vor vier Jahren geforderten Zahl, aber immer noch reichlich Masse und Anlaß genug, die wenig überraschende Litanei anzustimmen: „Die Attraktivität eines Landes für qualifizierte Einwanderer ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Dafür braucht Deutschland eine anhaltende Willkommenskultur im Sinne einer gesellschaftlichen Offenheit für Einwanderer und attraktive Integrationsangebote für sie und ihre Angehörigen“, schreiben Bertelsmann-Vorstand Jörg Dräger (unter Ole von Beust Hamburger Wissenschaftssenator) und Stiftungsdirektor Ulrich Kober im Vorwort der Studie.

Daß 2016 135.000 Deutsche ihre Heimat verließen, scheint die Bertelsmänner weniger zu stören. Allerdings

wanderten 2016 auch 635.000 und 2017 etwa 500.000 Ausländer ein, darunter 206.000, die angaben, Syrer zu sein. Hinzu kamen 133.000 Bürger sehr unterschiedlicher Qualifikation aus Rumänien, die alleine schon die deutschen Verluste an „Erwerbspotential“ locker numerisch ausgleichen haben. Aber warum soll nun die Zuwanderung – zusätzlich zur Asyl-Schiene – vor allem aus Drittstaaten kommen? Die drei Studienautoren gingen einfach „davon aus, daß die EU-Einwanderung in den kommenden Jahren und Dekaden wieder sinken wird“.

Studie „Zuwanderung und Digitalisierung – Wieviel Migration aus Drittstaaten benötigt der deutsche Arbeitsmarkt künftig?“: bertelsmann-stiftung.de

■ Kommentar Seite 2

Zahl der Woche

Auf 8,9 Millionen Tonnen

ist die Kartoffelernte nach dem trockenen Sommer 2018 gesunken. 2017 waren es noch 11,7 Millionen Tonnen gewesen. Hauptanbaugbiet ist Niedersachsen (4,2 Millionen Tonnen), gefolgt von Bayern (1,5 Millionen) und NRW (1,3 Millionen).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Junge Leser fördern

»Wir lesen die JUNGE FREIHEIT, weil sie mutig Themen anpackt, die andere Medien ausblenden.«



Ins Förder-Abo wechseln

Ja, ich werde Förderabonnent!

Coupon ausfüllen und einsenden:
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG
Leserdienst Hohenzollerndamm 27a
10713 Berlin

Rufen Sie gern an:
Sandra Schulz, Leserdienst
☎ 030/86 49 53-42
Fax 030/86 49 53-50

Ich möchte vom Normal-Abo auf das Förder-Abo umsteigen

Mit meinem Förderabo (19,50 Euro vierteljährlich mehr als das Normalabo) unterstütze ich junge Leser der JF, die sich sonst kein Abonnement leisten könnten.

Anschrift

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum Unterschrift

Datenschutzhinweis:

Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden. **Vertrauensgarantie:** Eine Weitergabe meiner Daten an andere Unternehmen erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jf.de/datenschutz